

Mehr Flüchtlinge, weniger Asyl: Die «Trendwende»-Tricks

SEITE 3

Noam Chomsky über die vielen Feinde der freien Welt

SEITEN 11–13

AZA
8059 Zürich
PP/Journal
CH-8059 Zürich

DIESE WOCHE

Halt doch nur ein Luftheuler

Wie bei einem gutinszenierten Feuerwerk liess der Bundesrat in den letzten Tagen die Europa-sterne steigen. Zum Auftakt gelang es Transportminister Adolf Ogi, den mit der EG ausgehandelten Transitvertrag vom einfachen Luftheuler zur strahlenden Wunderkerze hinaufzustilisieren. Der kleinen Schweiz sei es gelungen, mit der grossen EG einen für die Schweiz vorteilhaften Transitvertrag auszuhandeln, und das beweise, dass die Schweiz von Europa, von der EG ernst genommen werde, jubelte der Transportminister. «Der Transitvertrag ist das Resultat einer offensiven, neuen und auch Europa-offenen Verkehrspolitik, die nicht nur uns Einsichten gebracht hat, sondern auch Europa zur Einsicht gebracht hat, nämlich dass es mit dem unkanalisierten Güterverkehr nur auf der Strasse ein Ende haben muss.» Tatsächlich stehen in dem Vertragswerk einige für die EG ungewohnt grün tönende Betrachtungen: Schon in der Präambel wird zur Kenntnis genommen, dass es eine natürliche Grenze der Verkehrsentwicklung in den Alpen gibt. Auch pflichtet die EG dem Mann aus dem Kandertal bei, Bahn und kombinierter Verkehr seien aus wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Überlegungen die beste Lösung. Sogar Kostendeckung und Kostenwahrheit (gegenwärtig zahlt der Strassenschwerverkehr nur etwa 15 Prozent der von ihm verursachten Kosten) will die EG anstreben.

Leider sind das alles bloss freundliche Absichtserklärungen. Und angesichts der Schwerfälligkeit der EG in Sachen Umweltschutz werden sie es voraussichtlich auch bleiben. Die Schweiz jedoch verpflichtet sich auf Tonnen und Tage genau zu Leistungen: Da muss ein Huckepackkorridor ausgebaut werden, und da muss eine bis in die Linienführung definierte NEAT her. Auf eigene Schritte zur Verkehrsverlagerung wie beispielsweise eine Schwerverkehrsabgabe muss die Schweiz jedoch ausdrücklich verzichten. Und was ist der Verhandlungserfolg? Die 28-Tonnen-Limite, die man vorher schon hatte, bleibt vorläufig – wenn auch mit Ausnahmen.

Dass parallel zum geförderten und subventionierten Bahnverkehr auch der Strassenverkehr wachsen wird, bestreitet in der auf grossräumige Arbeitsteilung angelegten EG niemand. Da floss den Vertragsarchitekten auch folgender Satz ganz flüssig aus der Feder: «Die Vertragsparteien sind übereingekommen, die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen und den Strassenverkehr durch geeignete Massnahmen zu erleichtern.» Nach den vom Bundesamt für Verkehr erst trendmässig bestätigten Zahlen hat der Strassentransit über den Gotthard im letzten Jahr wieder um sechs Prozent zugenommen. Es gibt nicht einmal eine freundliche Absichtserklärung, dass das irgendeinmal aufhören würde.

Das schlimmste aber: Der Transitvertrag ist auf zwölf Jahre befristet. Er kann also in keiner Weise als flankierende Massnahme zur NEAT angeschaut werden. Denn wenn der Vertrag ausläuft, dann gibt es die diversen Basistunnels erst auf dem Papier. Kaum mehr erwähnt wurde in der ganzen Diskussion die Alpeninitiative. Im Gegensatz zum Transitvertrag sieht sie rechtsverbindliche Massnahmen zum Schutz der Alpen vor dem Transitverkehr vor. Die Alpeninitiative, die frühestens Ende 1993 zur Abstimmung kommt, wird zurzeit verschiedenen juristischen Gutachten unterzogen. Dem Transitvertrag kommt sie voraussichtlich – wegen dessen kurzer Dauer – wenigstens juristisch nicht ins Gehege. Sollte die Schweiz aber so zügig wie jetzt diskutiert der EG beitreten, dann müsste diese Demokratieübung aus dem Berggebiet abgebrochen werden.

Lisa Inglin



Sie verstecken sich vor Heckenschützen, die in Sarajewo in eine Friedensdemonstration geschossen haben, am 6. April, als zum letzten Mal Angehörige aller drei Volksgruppen Bosnien-Herzegowinas zusammen versuchten,

den Krieg aufzuhalten. – Krieg als Abnabelung? Nationalismus als Umweg zur Selbstfindung? Ein Bericht aus Kroatien auf den

Seiten 9/10

Welche Zukunft für die Schweiz in Europa?

Keine Liebesgrüsse an die EG

Von Oskar Scheiben

Nun ist die EG-Diskussion richtig lanciert: Am Montag entschied sich der Bundesrat mehrheitlich dafür, noch vor dem EG-Gipfel Ende Juni in Lissabon ein Gesuch für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu stellen. Am Mittwoch präsentierte er dann neben der EWR-Botschaft auch den Bericht über den Beitritt der Schweiz zur EG, der die Begründung für den Brief nach Brüssel liefert. Aus dem Blickwinkel der bundesrätlichen Strategie, einen EG-Beitritt anzustreben, ist der Zeitpunkt sachlich sicher richtig gewählt. Denn nur so bleibt die Möglichkeit gewahrt, dass die Schweiz ihre Beitrittsverhandlungen parallel – wenn auch getrennt – mit Österreich, Finnland und Schweden führen kann, deren Interessenlagen einige Gemeinsamkeiten aufweisen: so in der Neutralitätsfrage, beim Problem des Alpentransits (Österreich), bei den Umweltstandards (nordische Staaten), teilweise auch bei der Landwirtschaft.

Am 27. Mai wird der Bundesrat den ersten Teil der Gesetzesänderungen (Eurolex-Paket) verabschieden, die wegen des EWR-Vertrages notwendig werden, im Juni folgt dann der zweite Teil. Bei dieser Gelegenheit wird sich weisen, inwieweit der Bundesrat (und später das Parlament) bereit ist, die notwendigen flankierenden Massnahmen zu treffen oder sogar die Gelegenheit zu nutzen, den Beitritt mit zusätzlichen inneren Reformen zu verbinden. Gewerkschaftsbund und SPS haben Ende Januar bzw. Ende April ein ganzes Paket europaverträglicher Massnahmen und Reformen gefordert: Sie gehen von einer generellen Beschränkung des

Zweitwohnungsbesitzes (Ersatz für die Lex Friedrich), über den Schutz der ArbeitnehmerInnen vor Lohndumping (erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen, Minimallöhne, Durchsetzung orts- und branchenüblicher Arbeitsbedingungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge etc.) bis hin zur Forderung nach einer leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe zur Eindämmung des Güterverkehrs. Die Hoffnungen der SPS dürften kaum alle erfüllt werden, insbesondere was die zusätzlichen Reformen betrifft. Indessen ist die integrationswillige politische Klasse auf die Ja-Stimmen von links angewiesen.

Bei der gegenwärtigen Diskussion fällt auf, dass manche Linke und Grüne entweder über-grosse Hoffnungen in einen EG-Beitritt setzen oder – umgekehrt – von einem Vorrat an Klischees und Vorurteilen gegenüber der EG zehren. Einige hoffen geradezu euphorisch auf eine künftig demokratischere, föderalistischere, sozialere und ökologischere EG. Die Gegenseite hantiert oft mit Schlagworten wie Brüsseler EG-Monster oder EG-Zentralismus, die mir in dieser Form nicht haltbar scheinen: Die EG hat eine überraschend kleine Bürokratie (kleiner als die des Kantons Zürich oder des EMD), es gilt das Subsidiaritätsprinzip (die übergeordnete politische Ebene soll nur jene Aufgaben übernehmen, die nicht effizienter von der untergeordneten ausgeführt werden können), die Rechte der Einzelstaaten sind durch das Entscheidungsverfahren (Einstimmigkeit oder qualifizierte Mehrheit im Ministerrat) sowie durch Schutzklauseln insgesamt besser geschützt als jene der Einzelkantone in der Schweiz.

Für eine differenziertere Diskussion wäre es

nützlich, die verschiedenen Ebenen zu unterscheiden und aufeinander zu beziehen:

1. Ein Ja zu einem EG-Beitritt bedeutet keinen Verzicht auf Kritik an der EG im allgemeinen oder an der von ihr in einzelnen Bereichen verfolgten Politik. Unbestritten ist etwa, dass die EG-Verkehrspolitik falsch angelegt ist und die EG-Umweltpolitik einen grossen Rückstand aufweist. Fragen, die sich hier anschliessen könnten, wären beispielsweise: In welche Richtung entwickeln sich diese Politiken (das gilt auch für die Sicherheits- und Entwicklungspolitik, siehe WoZ Nr. 19/92). Was könnte ein Beitritt «fortschrittlicherer» EFTA-Staaten bewirken? Was ist vorzuziehen: Eine Schweiz, die umweltpolitisch einen Schritt voraus ist, oder ein Europa, wo sich alle wenigstens an Minimalstandards halten müssen? Oder auch: Welche Bedeutung kommt den Volksrechten zu (nach Angaben der Bundesverwaltung wären von 1988 bis 1991 bloss zwei von 112 fakultativen und zwei von 14 obligatorischen Referenden nicht mehr möglich gewesen)?

2. Ein Nein zu einem EWR- oder EG-Beitritt ist kein wirkungsvolles Plebiszit gegen eine unerträglich gewordene Wachstumspolitik. Die Gesetze der Kapitalakkumulation mit ihrem immanenten Zwang zum Wachstum herrschen inner- und ausserhalb der EG, die EG ist nicht ihre Ursache, höchstens ihr Regulator (diese Funktion stört beispielsweise Christoph Blocher). Sich hier anschliessende Fragen wären: Kann die Schweiz sich in einer unipolar gewordenen Welt ausserhalb dieses Zusammenhanges stellen und einen völlig anderen Weg gehen (z. B. bolo'bolo,

Fortsetzung auf Seite 2

DIE WELT SPINNT

Lieb, nett und freundlich

Relativ geschmeichelt durften sich die schweizerischen **StimmbürgerInnen** am letzten Sonntag auf die Schulter klopfen und stolz zu sich selber sagen: «Ich bin ja sowas von mündig.» Weil das brave Volk nämlich genau so gestimmt hat, wie es dem Bundesrat zupass und Gefallen war, wurden die ParteienvertreterInnen in den Abstimmungsinterviews nicht müde, den Stimmdenen ihre Mündigkeit zu attestieren. Sollten die SchweizerInnen einmal Gegenteiliges entscheiden, müsste halt in Gottes Namen für alle ein Vormund gesucht werden.

Italien dagegen wird von ganz anderen Plagen heimgesucht. Wegen dem grössten aller Schmiergeldskandale füllen sich die Gefängnisse und müssen die Geschichtsbücher revidiert werden. Dazu ein treffendes Bonmot, das in Italien die Runde macht: Nicht einmal während der Zeit des Faschismus waren so viele **Sozialisten** im Gefängnis.

Unglaublich ist es eben immer wieder, festzustellen, wie sehr die Leute an ihren irdischen Besitztümern hängen. So inserierte letzthin jemand viertelseitig in der «Zürichsee-Zeitung» ein «Angebot an einen Einbrecher»: «Sie haben aus dem Tresor in unserem Einfamilienhaus in Küsnacht den ganzen alten Familienschmuck meiner Frau gestohlen! Ich biete Ihnen für die Rückgabe dieses Schmuckes Fr. 120 000.– bar

auf die Hand ...» Ob sich diese Hand dann allenfalls in schmucken Handschellen befinden wird, erläutert der Inserent nicht näher, aber das wird sich ja dann bei den Preisverhandlungen herausstellen.

Im grossen Ganzen sind nämlich Straffällige ganz nette Menschen. Zum Beispiel der saudiarabische Öl- und Waffenhändler **Adnan Kashoggi**, der – vor drei Jahren wegen Verdachts auf Betrug zugunsten des ehemaligen philippinischen Diktators **Ferdinand Marcos** in Bern verhaftet – nun seinem ehemaligen Untersuchungsrichter **Alexander Tschäppät** einen kleinen Besuch abgestattet hat. Man habe gemeinsam zu Mittag gegessen, sagte der Richter, und es habe dabei eine ausgesprochen versöhnliche Stimmung geherrscht, denn Kashoggi sei ihm eigentlich nie persönlich böse gewesen. Wir finden solche Begegnungen in diesen un-kommunikativen Zeiten irgendwie tröstlich und hoffen, dass dies der Beginn einer langen Freundschaft sein wird, die gewiss durch weitere unhöfliche Verhaftungen nicht mehr getrübt sein wird.

Bei Zeitungsberichten über die häuslichen Angelegenheiten von **Lolita Morena** (Unterhaltung) und **Lothar Matthäus** (Fussball) weiss man andererseits nie, ob der Geisteszustand der Beschriebenen ein bisschen getrübt ist

oder derjenige der Schreiber. Zur Geburt des Sohnes heisst es im «Blick»: «Innigkeit erfüllt Lolita, wenn sie an die Geburt zurückdenkt. (...) Überglücklich ist auch Lothar, der frischgebackene Papa. 'Lolita hat ihre Sache toll gemacht', schwärmt er.» Damit übrigens nie Missverständnisse darüber aufkommen, von welchen Eltern der Bub stammt, ist auch für ihn ein Name, der mit Lo... beginnt, gefunden worden. Er heisst Loris, denn Lokomotive oder Lohengrin wäre ja wirklich nicht sehr schön gewesen.

Als Unfreundlichkeit könnte dem venezianischen Leiter des städtischen Amtes für Tourismus, **Augusto Salvadori**, ausgelegt werden, dass er die TouristInnen via Bussgelder erziehen will. Wer mit entblösstem Oberkörper (von Unterteilen ist nicht die Rede) durch die Lagunenstadt schlendert, soll künftig 30 000 Lire bezahlen, und Strafgeld blechen muss auch, wer vor einer Sehenswürdigkeit ein Butterbrot verzehrt. Letztere Massnahme schien uns auf den ersten Blick nicht unbedingt einsichtig, denn was kümmert es eine antike Statue schon, ob ihr Betrachter ein Butterbrot mampft. Wahrscheinlich aber haben die Esser nach getaner Kunstbetrachtung jeweils ihre fettigen Finger an alten Ölgemälden abgewischt.

Nach dem Rückzug der Rekurse gegen den Laborbau der Hoffmann-La Roche

Heilsame Ernüchterung?

Vergangene Woche haben «Basler Appell» und WWF ihre Rekurse gegen die Bewilligung eines Gentechnologielabors der Hoffmann-La Roche zurückgezogen – «trotz nach wie vor grossen Bedenken gegenüber der Gentechnologie», wie der WWF schreibt. Fehlende Ressourcen werden beklagt, fehlendes Geld. In Basel ist es mit der Opposition gegen Grossprojekte der chemischen Industrie vorläufig zu Ende.

Von Christoph Keller

Das Baubewilligungsverfahren für den «Laborbau 93», ein Projekt von 120 Millionen, geplant auf dem Werkareal an der Grenzacherstrasse im Basler Wettsteinquartier, begann mit einer Panne. Hoffmann-La Roche musste zwei Anläufe nehmen, bis die zuständigen Stellen des Kantons sich mit dem Gesuch um die Bewilligung überhaupt befassten. Bei der ersten Baueingabe im Mai 1990 fehlte ein Bericht über die Gefahren, die von der Arbeit mit gentechnisch manipulierten Mikroorganismen ausgehen können, gänzlich. Erst im Herbst 1990 wurde ein «Risikobericht» nachgeliefert, und auch dieser wies noch Schwächen auf: Die «Kontrollstelle für Chemiesicherheit, Gift und Umwelt» (KCGU) musste der Hoffmann-La Roche in mühseligen Verhandlungen eine Information nach der anderen abringen. Viel Zeit habe das gekostet, sagt Rudolf Frei, Leiter der KCGU. Zeit kostete auch die Anhörung der Experten, die Koordination der Stellungnahmen der verschiedenen Ämter, die Beilegung interner Streitigkeiten – schliesslich kam ein Baubewilligungsentscheid heraus, den

die Hoffmann-La Roche annehmbar fand, ein «guter Entscheid», sagt Frei.

Der Vertreter des WWF, Rechtsanwalt Reinhard Zweidler, musste erst einmal im Baudepartement Bücklinge machen, bis er den Baubescheid zu lesen bekam. Als er endlich vorlag, waren die Schwachstellen des Bescheids schnell ausgemacht: Laut Florianne Koechlin vom «Basler Appell» fehlten Angaben zu den verwendeten Mikroorganismen, ebenso fehlten Katastrophenszenarien, die Bestimmungen über die Sterilisation des Abwassers seien ungenügend, ungenügend die Risikoermittlung in bezug auf das Überleben von «nackter DNA», und nichts werde gesagt über die Entsorgung etwa von Labormänteln, auf den Mikroorganismen überleben können. Kurz – ein ungewisses Risiko würde mit dem Bau des «Laborbaus 93» in Kauf genommen, meinten WWF und «Basler Appell» und legten Rekurs ein.

Dass «Basler Appell» und WWF letzte Woche nun ihre Rekurse zurückzogen – «trotz grundsätzlichen Einwänden gegenüber der Forschung und Produktion mit genmanipulierten Lebewesen» («Basler Appell») –, ist einigermassen überraschend. Beide Organisationen hatten das «Biotechnikum», die gentechnische Produktionsanlage der Ciba-Geigy, bis zuletzt mit allen Rechtsmitteln bekämpft – ein Rechtsstreit, der in ganz Europa Aufmerksamkeit erregte. Und nun wird klein beigegeben, ausgerechnet bei einem Bau, der Sicherheitslabors der höchsten Stufen vorsieht, in denen mit Pocken-, Malaria-, Aids- und anderen Erregern gearbeitet wird?

Dieter Stumpf, Vertreter der Regionalgruppe Basel des WWF, sagt, «der Einsatz wäre zu hoch

gewesen», man habe «Kosten und Nutzen» in diesem Verfahren abgewogen und sei zum Schluss gekommen, dass man sich «nicht zu Tode prozessieren lassen darf». Denn einen weiteren, hochkomplizierten und langwierigen Rechtsstreit wie im Falle des «Biotechnikums» hätte der WWF weder personell noch finanziell verkraften können, einmal abgesehen vom Aufwand für die begleitende Öffentlichkeitsarbeit. Nicht anders tönt es beim «Basler Appell», auch dort werden «fehlende Ressourcen» beklagt – und allgemein: Es liege nicht drin, dass ein kleiner Verein wie der «Appell» fortlaufend in kostspielige Verfahren mit potenten Chemiekonzernen verwickelt werde. Aus denselben Gründen musste vor einem Jahr der Verein «SMOG» seinen Rekurs gegen den Sondermülllofen der Ciba-Geigy zurückziehen; das Verfahren gegen das Projekt «Ramses», geführt von der «Aktion Selbstschutz», endete mit einem Vergleich – zum Glück, denn auch die «Aktion Selbstschutz» wäre nicht in der Lage gewesen, den Rechtsstreit weiterzuführen.

«Schweizerhalle» ist in Basel bald ganz vergessen, die ChemiekritikerInnen sind zersplittert, viele sind EinzelgängerInnen. Der «starke Partner», den sich Alex Krauer, Konzernchef der Ciba-Geigy, für einen «Dialog mit der Öffentlichkeit» gewünscht hätte, ist jedenfalls nicht in Sicht. Bei den AktivistInnen macht sich Ernüchterung breit. Bleibt zu wünschen, dass diese Ernüchterung sich als heilsam erweist. Denn es besteht tatsächlich die Gefahr, dass sich in dieser Region «niemand mehr in der Lage sieht, der Basler Chemie die Stim zu bieten», sagt Dieter Stumpf.

heute sind. Der wirtschaftliche Erfolgs- und Sonderfall Schweiz bröckelt seit einiger Zeit: Eine höhere Inflationsrate und ein stärkeres Wachstum der Arbeitslosigkeit als im EG-Raum, verschlechterte Wettbewerbsposition der Industrie etc. Ein Alleingang der Schweiz hätte eine weitere Deindustrialisierung und wahrscheinlich eine stärkere Spezialisierung des Finanzplatzes auf dubiose Geschäfte mit Flucht- und Drogengeldern zur Folge. Der Wohlstand könnte dann nur noch, wie Jean Ziegler in seinem Beitrag zur Schönen Neuen Weltordnung ausführte, mit dem «Blockadebrechen, dem Filibustern, den schlimmsten halb- bis ganz kriminellen» Wirtschaftsaktivitäten aufrechterhalten werden. Auf geistig-ideologischer Ebene ergäbe sich die Notwendigkeit, den Sonderweg der Schweiz laufend zu begründen und zu überhöhen. Ein Rückfall in die Tradition der geistigen Landesverteidigung schiene fast unvermeidlich. Der Historiker Jakob Tanner sprach in diesem Zusammenhang an einer Veranstaltung von «klein-staatlicher Selbstgefälligkeit und kulturellem

Überheblichkeitsbewusstsein». Faktisch wäre die Schweiz dennoch gezwungen, die meisten EG-Normierungen «autonom» nachzuvollziehen, wie es euphemistisch heisst, also ohne Mitwirkungsmöglichkeiten. Das Kapital könnte in Europa frei zirkulieren, nicht aber – ein nicht zu unterschätzender lebenspraktischer Vorteil – die BürgerInnen dieses künftigen Singapurs Europas.

4. Das Projekt eines «Europa von unten», eine Vernetzung an der Basis, steht nicht im Gegensatz zu einem EG-Beitritt. Vielmehr würden gleiche Problemstellungen gerade eine verstärkte und verbindlichere Zusammenarbeit von Bewegungen und Organisationen über staatliche Grenzen hinweg nötig machen. Die sich hier anschliessende Frage wäre: Welches Modell, Alleingang oder EG-Beitritt, bietet bessere Rahmenbedingungen und Einwirkungsmöglichkeiten? Denn der EG beitreten bedeutet ja nicht, unsere Hoffnungen an (supra-)staatliche Organisationen zu delegieren.

Keine Liebesgrüsse an die EG

Fortsetzung von Seite 1

Sozialismus)? Hat der Nationalstaat oder haben die im Nationalstaat agierenden Bewegungen und Organisationen überhaupt noch wesentliche Einwirkungsmöglichkeiten auf das frei zirkulierende Kapital? Die Gewerkschafter Hans Schöpfi und Vasco Pedrina haben dies in der Theoriezeitschrift «Widerspruch» (Nr. 20/90) verneint: «Die Wirtschaft hat sich schon seit Jahrzehnten internationalisiert und vermag unterschiedliche nationale Normen zu ihrem Vorteil zu nutzen.» Das habe zu einer Standortkonkurrenz und zu «Sozial- und Ökodumping» geführt. «Insofern besteht heute ein Nachholbedarf an überstaatlicher Normensetzung im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltbereich, mit dem nur ausgeglichen wird, was den Nationalstaaten an Regelungskompetenz de facto verloren gegangen ist.» 3. Weder ein EG-Beitritt noch ein Alleingang lässt die Verhältnisse in der Schweiz so, wie sie

HAUSMITTEILUNG

Fast schon Sauregurkencharakter haben die bald täglichen Meldungen aus Bern, wie die VerwalterInnen dieser Demokratie mit den unbotsamen Willensäusserungen des Volks umzugehen gedenken: Mit der GSoA-Initiative gegen die Flieger oder mit der aus Neuchlen-Anschwillen entstandenen Initiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» (siehe Kommentar auf Seite 8). Der Widerstand gegen den geplanten Waffenplatz in Neuchlen, der trotz hartem Ostschweizer Boden auf so breite Resonanz gestossen ist, ist schon lange ein Thema in der WoZ. Unsere MitarbeiterInnen waren immer wieder dort und lieferten eine Chronik der laufenden Ereignisse: von der Besetzung des Geländes, von der Sommeruni, vom Bauzaun, vom Aufkreuzen der Bagger, der Polizei und der Protectas, von der dubiosen Rechtssprechung in Sachen Neuchlen. Das sind auch die Themen des neuen WoZ-Buchs im rotpunktverlag, «Feuer in Neuchlen», das nächste Woche erscheint. Fünfzehn Autorinnen und Autoren dokumentieren die Bewegung in Neuchlen-Anschwillen und beschreiben ausserdem die Opposition gegen andere Waffenplatzprojekte und neue Strategien des EMD (in WoZ Nr. 20/92 brachten wir den Vorabdruck). «Feuer in Neuchlen» ist in wenigen Tagen in allen guten Buchhandlungen erhältlich oder direkt bei der WoZ, Dokumentation, Postfach, 8059 Zürich (200 Seiten, Fr. 26.–)

★

Der Förderverein ProWoZ erlaubt sich periodisch, der WoZ ein Werbeblatt mit Einzahlungsschein für den Recherchierfonds beizulegen – so auch dieser Ausgabe. Wenn Sie die Seiten 9/10 und 25 bis 27 aufschlagen, lesen und sehen Sie, wozu der Recherchierfonds gut ist. Er finanzierte die Fahrt von Marina Achenbach nach Kroatien, wo sie für den Beitrag «Tarnfarbe und Kastanienblüte» recherchierte, und ermöglichte unserer Fotografin Getrud Vogler eine Reise nach El Salvador, von der sie u. a. die Fotos auf den Dossierseiten mitbrachte. Lassen Sie sich also überzeugen, bevor Sie zum Einzahlungsschein greifen.

Ihr WoZ-Kollektiv

INHALT

INLAND

Stipendien-Initiative: Unterschriften gesucht	4
Wie der Emmentaler aus den Fugen geriet	4
Medien. Automatische Disc-Jockeys bei DRS-1	4
Zürcher Tagesschule «Trichti»: Die anti-autoritäre Geschichte abgestreift	5
Gesellschaft. Feministische Wissenschaft in patriarchalen Forschungstempeln	7
Megaprojekt Rheinkraftwerke: Nicht umweltverträglich	8
«Unsichtbare» Drogenszene in Bern	8
Kommentar. Auf zum letzten Gefecht: Ständeratskommission contra Waffenplatz-Initiative	8

AUSLAND

Kroatien: Kann man am Ort des Krieges etwas verstehen von Schuld und Unschuld?	9-10
Kommentar. Algerien: Vakuum im ganzen Land	10
Noam Chomsky über die Macht der Neuen Ordnung: Dokumentation der WoZ-Veranstaltung	11-13
Comic. Von Mix & Remix	16
KreuzWoZ. Nr. 128	16

KULTUR

Hans Sahl – Bilanz eines bewegten Exil-Lebens	17-18
Kultursatz. Wohin mit der Zürcher Kanzeleiturnhalle?	18
Der furiose Start des britischen Magazins «The Oldie»	19
Ein erster Ölzeitung? Israel-Preis für Emile Habibi	21
Musik. Claudia Ulla Binder: 13 freundliche Nummern	21

MAGAZIN

Dossier. Kampf um den Boden, Kampf um eine Chance im Zivilleben: El Salvadors Friedensordnung	25-27
Panorama. Viel Bock auf Arbeit, aber kein Job: Arbeitslose LehrlingebüchlerInnen	28-29
Wochenthemen. 1. Schweizerische DramatikerInnen-Tage / Warum es den Zürcher «Meitliträff» braucht	30
Prärie. Zur Unterstützung der politischen Gefangenen in der BRD	31

Stelleninserate	6
Kleininserate	14/15
Veranstaltungen	20/22
Veranstaltungsinserate	23
PoliTour	24
LeserInnenbriefe/Impressum	32

Diese Ausgabe enthält eine Beilage des Fördervereins ProWoZ (Gesamtauflage)